

II-2876 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1392/J

1981 -09- 18

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Dr. Lichal
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend Besoldung im öffentlichen Dienst

In der Anfragebeantwortung 960/AB hat der Bundesminister für soziale Verwaltung die Auffassung vertreten, "daß es aufgrund der unterschiedlichen Entlohnungsbedingungen in der Privatwirtschaft und beim Bund äußerst schwierig ist, geeignetes Personal zu bekommen", um die personelle Ausstattung der Arbeitsinspektion zu verbessern. Das bedeutet, daß der Bundesminister für soziale Verwaltung die Meinung vertritt, daß eine Unterbezahlung der Bediensteten im öffentlichen Dienst im Vergleich zur Privatwirtschaft existiert.

Angesichts der bei Gehaltsverhandlungen der Beamten von Regierungsgliedern immer wieder vertretenen Argumentation, wonach öffentlich Bedienstete ohnedies gut bezahlt würden, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

1. Teilen Sie die Auffassung des Bundesministers für soziale Verwaltung, wonach "es aufgrund der unterschiedlichen Ent-

- 2 -

Lohnungsbedingungen in der Privatwirtschaft und beim Bund äußerst schwierig ist, geeignetes Personal zu bekommen"?

- 2. Gehen Sie davon aus, daß aufgrund der schlechteren Bezahlung von qualifizierten Kräften im öffentlichen Dienst wichtige Aufgaben, wie die Arbeitsinspektion in Frage gestellt werden?*
- 3. Wenn ja, was gedenken Sie dagegen zu tun?*